



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER SEPTEMBER 2025

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLIICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der 1. September ist für mich ein besonderer Tag in meinem Jahreskalender.

Vor 42 Jahren habe ich meine Berufsausbildung zum Maschinenschlosser in Würzburg begonnen. Es war ein heißer Spätsommertag und ich war 14 Jahre alt. Ich erinnere mich genau. Begrüßung, Eintritt in die Gewerkschaft, Spinde wurden zugeteilt, umziehen und dann ab an den Schraubstock. Erlernen eines wichtigen Handwerks war für mich nun angesagt.

Im Herbst 2025 ist auf der politischen Bühne in Berlin gutes Handwerk gefragt. Die Zeit vor der Sommerpause war keine Glanzleistung. Die Stimmung ist nicht gut. Jetzt liegt es aber an der ganzen Bundesregierung die Ärmel hochzukrempeln und eine gute Arbeit abzuliefern.

Für mich war der 1. Dezember aber ein ebenso wichtiger Tag. Die Probezeit war geschafft. Die Probezeit der Bundesregierung hat kein Enddatum, die Wählerinnen und Wähler beobachten uns ganz genau. Und das ist gut so! Auf geht's in wichtige Monate bis Weihnachten.

Eine gute Lektüre!

Ihr/Euer

3

Alleinstehender Mann			Alleinstehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre		
Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohnabstand	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohnabstand
1.589	1.059	530	2.553	1.828	725
1.585	1.052	533	2.512	1.755	757
1.577	1.020	557	2.541	1.793	748
1.571	1.004	566	2.523	1.793	730
1.589	1.061	528	2.572	1.804	768
1.569	993	575	2.489	1.774	715
1.546	967	579	2.489	1.715	774

Mindestlohn & Bürgergeld
- Fakten statt fake news

4



Arbeit & Soziales:
meine Schwerpunkte

5



Rentenpaket II

10



Leben im Alter: Veranstalt-
ung in meinem Büro

KLARTEXT

POLITISIERUNG EINER RICHTERWAHL — UND DAS IST ERST DER ANFANG!



Die Entscheidung von Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf, ihre Kandidatur für das Bundesverfassungsgericht zurückzuziehen, bedauere ich zutiefst. Sie ist eine herausragende Juristin mit exzel-

lenter fachlicher Qualifikation, großer persönlicher Integrität und einer klaren demokratischen Haltung. Die Angriffe, denen sie in den vergangenen Wochen ausgesetzt war, hatten mit einer sachlichen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun. Sie wurde Ziel einer beispiellosen Kampagne. Das hinterlässt Spuren im Verhältnis zum Koalitionspartner.

Die SPD-Bundestagsfraktion stand zu jeder Zeit geschlossen hinter ihrer Nominierung. Dass sie am Ende nicht gewählt werden konnte, lag allein an der kategorischen Ablehnung durch Teile der CDU/CSU-Fraktion, obwohl die Unionsspitze der Einigung ursprünglich zugestimmt hatte. Nicht einmal ein persönliches Gespräch mit der Kandidatin wurde von der Unionsfraktion ermöglicht. Auch das war einfach

nicht korrekt.

Dass eine von undemokratischen Kräften gesteuerte Hetzkampagne diesen Erfolg feiern kann, macht mich betroffen. Ich befürchte, das war nur eine Blaupause für weitere Versuche von ganz Rechts, einen Keil zwischen SPD und Union zu treiben.

Der Fall Brosius-Gersdorf ist daher eben nicht nur eine Auseinandersetzung um einen Sitz in einer der Kammern des Bundesverfassungsgerichtes. Er steht exemplarisch für die Methoden, mit denen heutzutage Meinungen gemacht werden. Mit denen manipuliert wird. Mit denen schamlos Lügen verbreitet werden.

Alles mit dem Ziel, unsere Demokratie zu destabilisieren. Das dürfen wir nicht mitmachen! Das dürfen wir aber auch nicht der Unionsfraktion einfach so durchgehen lassen. Einige Abgeordnete haben sich von Fake-News blenden lassen, anstatt selbst zu hinterfragen. Das ist mehr als bedenklich. Und es darf sich nicht wiederholen.

ZAHLE DES MONATS

97,8

Gute Nachrichten für die letzten Urlaubssonnentage: Die Badegewässer in Deutschland sind in einem guten Zustand. Im Jahr 2024 erfüllten 97,8 Prozent aller Badegewässer die Qualitätsanforderungen der Europäischen Union.

Rund 91 Prozent der Binnengewässer und gut 88 Prozent der Küstengewässer erreichten sogar eine ausgezeichnete Badegewässerqualität. Seit 1992 werden die neuen Richtwerte gemessen, seit 2001 ist die Qualität der Badegewässer auf konstant hohem Niveau. Im europäischen Vergleich belegt Deutschland seitdem einen der vorderen Plätze. Na dann: Frohes Planschen und Schwimmen allseits! Mehr dazu ► [HIER](#) ◀

Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohn-abstand	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohn-abstand	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohn-abstand
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bayern	1.589	1.059	530	2.553	1.828	725	3.462	2.820	642
Würzburg	1.585	1.052	533	2.512	1.755	756	3.402	2.754	648
Würzburg, Stadt	1.577	1.020	557	2.541	1.793	748	3.395	2.723	671
Aschaffenburg	1.571	1.004	566	2.523	1.793	730	3.402	2.767	635
Aschaffenburg, Stadt	1.589	1.061	528	2.572	1.854	718	3.472	2.828	644
Miltenberg	1.569	993	575	2.489	1.774	715	3.344	2.724	620
Main-Spessart	1.546	967	579	2.469	1.715	753	3.322	2.624	698

MINDESTLOHN

UND BÜRGERGELD

Arbeit – auch zum Mindestlohn von 12,82 Euro – lohnt sich im Vergleich zum Bürgergeldbezug. Darauf macht die neueste Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung aufmerksam.

Ein Fakt, auf den ich seit Beginn des Bürgergeldes immer wieder hinweise und der von der Studie erneut bestätigt wird. Daher habe ich hierzu eine Pressemitteilung mit Zahlen zu AB, MIL, MSP und WÜ veröffentlicht (s.o.).

Im Rahmen der Analyse haben die WSI-Forscher für drei typische Haushaltskonstellationen Modellrechnungen auf Basis des „WSI-Steuer/Transfermodells“ durchgeführt, das alle relevanten Abgaben, das Bürgergeld sowie weitere Sozialleistungen umfasst. Regionale Daten zu den laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft wurden der SGB-II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen.

Klares Ergebnis der Studie, was man oben in der Tabelle gut sehen kann: Die Gestaltung der Sozialleistungen trägt mit dazu bei, dass überall in Deutsch-

land ein deutlicher Lohnabstand zwischen einer Vollzeitbeschäftigung (inkl. Sozialleistungen vom Staat) zum Mindestlohn und Bürgergeld besteht, heißt es in der Untersuchung des WSI: „Erstens gibt es mit Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag Leistungen, die verhindern sollen, dass Menschen, die in Beschäftigung stehen, überhaupt auf die Grundsicherung angewiesen sind. Zweitens stellen die Hinzuverdienstregelungen im Sozialgesetzbuch II sicher, dass auch Menschen, die Bürgergeld beziehen, bei Erwerbstätigkeit stets mehr Einkommen zur Verfügung haben als ohne eine Beschäftigung.“ Das zeigt: Die Politik der SPD wirkt.

Das größte Problem sind hierbei falsche oder verzerrte Zahlen, die insbesondere Populisten und Spalter in die Hände spielen. Als die Ampel-Regierung das Bürgergeld einführte, war das besonders auffällig. Jeden Tag kamen aus den Oppositionsreihen neue Halb- und Unwahrheiten, fake news und offene Lügen. Das darf so nicht weitergehen. Es muss Schluss damit sein, Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen und Bürgergeldempfänger gegeneinander auszuspielen.

Die ganze Pressemitteilung gibt es ► **HIER** ◀ .



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

MEINE BERICHTERSTATTUNGEN

Im letzten Newsletter habe ich begonnen, über meine „Berichterstattungen“ zu informieren. Themen also, für die ich innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion zuständig bin und über die ich meinen Kolleginnen und Kollegen „berichte“, wenn wir diese Themen aktuell in den Ausschüssen diskutieren. Diesmal geht es um die **Soziale Selbstverwaltung**:

Versicherte und Arbeitgeber wirken durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter selbst an der Gestaltung und Verwaltung der Sozialversicherungen mit. Das gewährleistet Bürgernähe. Die Politik kümmert sich um die Rahmenbedingungen und um die Spiel-

regeln dafür, zum Beispiel bei den Sozialwahlen. Bei den Sozialwahlen entscheiden alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, wen sie in die Sozialparlamente entsenden.

Das deutsche Modell der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist weltweit einzigartig. Die Idee dahinter ist, dass der Staat nicht alles regeln kann und auch nicht alles entscheiden soll. Neben der Versichertenvertretung ist die Arbeitgeberseite der zweite Bestandteil der Selbstverwaltung. Denn das sind die beiden Seiten, die die Sozialabgaben bezahlen. Sie sind deshalb in den Sozialparlamenten gleich stark vertreten. Sie entscheiden über Leistungen der Rentenversicherung insbesondere im Bereich der Rehabilitation, prüfen Widersprüche von Versicherten und kontrollieren die Verwaltungen der Sozialkassen.

Bei der letzten Sozialwahl waren rund 52 Millionen Versicherte sowie Rentnerinnen und Rentner wahlberechtigt. Die nächste Sozialwahl findet im Jahr 2029 statt.

Haben Sie Fragen dazu oder eigene Erfahrungen mit dem Thema? Schreiben Sie mir gern – ich freue mich über Ihre Rückmeldung!

ZITAT DES MONATS

„Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl. Solange dein Kopf klar ist, bist du mitverantwortlich.“

Franz Müntefering

ehem. Bundesminister, Fraktionsvorsitzender
und SPD-Vorsitzender



RENTE

VERSPROCHEN - GEHALTEN

Mit dem Rentenpaket, das Anfang August im Kabinett verabschiedet wurde, stabilisieren wir das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent und verhindern somit eine Entkopplung der Renten von der Lohnentwicklung. Als zuständiger Berichterstatter für meine Fraktion habe ich intensiv an unserem Rentenpaket mitgearbeitet. Und ich bin froh, dass wir ein zentrales Wahlversprechen der SPD hiermit umsetzen konnten.

Was hat das Kabinett beschlossen?

- Damit heutige und künftige Rentnerinnen und Rentner sich weiter auf die Rente verlassen können, verlängern wir die Haltelinie in der gesetzlichen Rentenversicherung bis mindestens 2031.
- Wer also 45 Jahre immer den aktuellen Durchschnittslohn verdient und darauf Rentenbeiträge bezahlt hat, erhält 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdienstes als Rente.
- Dadurch liegt das Rentenniveau im Jahr 2031 rund einen Prozentpunkt höher als ohne Reform. Auch danach bleibt dieser Effekt erhalten. Die Verlängerung der Haltelinie ist damit ein Gewinn für alle

Generationen.

Die gesetzliche Rente ist die wichtigste Absicherung im Alter. Durch die Verlängerung der Haltelinie können sich die Versicherten weiterhin auf ihre Rente verlassen, nachdem sie ein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Für gute und stabile Renten brauchen wir an erster Stelle weiterhin eine stabile Beschäftigung und gute Löhne.

- Bei der Mütterrente werden künftig für alle Kinder drei Jahre Erziehungsleistung in der Rente anerkannt – unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes.
- Zuvor erhielten Mütter (selten Väter), deren Kinder vor 1992 geboren waren, weniger Rentenpunkte als Eltern, deren Kinder nach 1992 zur Welt kamen. Diese Gerechtigkeitslücke schließen wir jetzt.
- Davon profitieren rund zehn Millionen Menschen – ganz überwiegend Frauen. Damit würdigen wir den gesellschaftlichen Beitrag von Menschen, die Kinder erziehen.

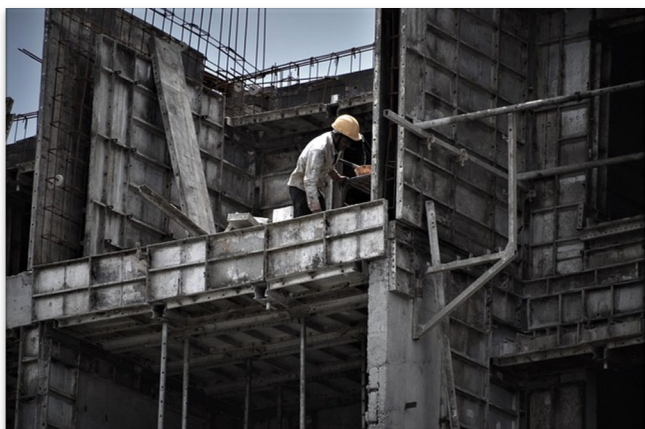
Und wie geht es weiter?

Nach dem Beschluss des Kabinetts geht nun der Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag, wird im Ausschuss beraten und im Plenum abgestimmt. Während dieses Prozesses kann es noch zu Änderungen am Gesetzestext kommen. Wir nennen das „das Struck'sche Gesetz“ (nach dem ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden und Verteidigungsminister). Es besagt: „Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hereingekommen ist“.

Mehr zum Struck'schen Gesetz ► **HIER** ◄

Mehr zum Rentenpaket 2 ► **HIER** ◄

Pixabay | kirloskarabhishek2312



SCHWARZARBEIT

BEKÄMPFEN

Wir verbessern die Bekämpfung von Schwarzarbeit – und gehen hart gegen jene vor, die der Gemeinschaft durch Betrug oder Umgehung Einnahmen vorenthalten und sich auf Kosten des Gemeinwohls bereichern. Denn die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit ist eine Frage der Gerechtigkeit. Steuern sichern die Einnahmen des Staates – dadurch finanzieren wir unser Zusammenleben und unsere Handlungsfähigkeit in allen Bereichen von Infrastruktur, Bildung bis zur inneren und äußeren Sicherheit. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, gegen diejenigen härter vorzugehen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit und auf dem Rücken von illegal beschäftigten Arbeitskräften bereichern. Das Kabinett hat den Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung beschlossen: Ermittlungsinstrumente werden gestärkt, Kompetenzen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) erweitert und Prüfungen vereinfacht. Ziel ist es, Menschen besser vor Ausbeutung und widrigen Arbeitsbedingungen zu schützen und faire Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu gewährleisten, die sich an die Regeln halten.

AUF FACEBOOK, INSTA & CO.

Ich war mit Frau Härtel, Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen in der Bundestagsverwaltung, in und um den Bundestag unterwegs. Dort sind wir auf mehr Barrieren gestoßen, als ich mir hätte vorstellen können. Und wir haben gute Lösungen hierfür besprochen. Wir haben das alles gefilmt und online gestellt. Wer nicht selbst mit einer Behinderung lebt, der kann gar nicht nachfühlen, wie es sein muss, ausgeschlossen zu sein – selbst durch vermeintlich kleinste Hürden im Alltag. Schlimmer noch als diese Barrieren waren die Kommentare unter den kurzen Videos: empathielos, menschenfeindlich und diskriminierend, beleidigend und hetzend – und das meist von namens- und gesichtslosen Kommentatoren. Unerträglich. Schaut Euch mal die vier Videos an, die Kommentarfunktion musste ich leider ausschalten. Mehr dazu im nächsten Newsletter!



TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: BESSERE PFLEGE

Der Gesetzentwurf für die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung ist auf dem Weg. Das wird endlich für bessere Ausbildungschancen für junge Menschen und für eine bessere Versorgung von Pflegebedürftigen sorgen. Bereits Karl Lauterbach hat diese Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht.

Bundesweit einheitlicher Standard statt Länder-Flickerteppich nicht nur bei den Ausbildungsinhalten. Auch die Vergütung wird vereinheitlicht. Nicht in jedem Bundesland bekommen Azubis bislang Geld! Das ändern wir endlich.

FLOP: BAYERNS FAMILIENPOLITIK

In Bayern werden immer weniger Kinder geboren. 2024 kamen im Schnitt nur noch 1,39 Kinder pro Frau zur Welt. Und was macht die Staatsregierung? Streicht Familienleistungen. Statt Familien- und Krippengeld gibt's ab 2026 nur noch ein einmaliges Kinderstartgeld, für das sich Söder sogar schamlos feiern lässt. Für viele Familien bedeutet das allerdings bis zu 5.400 Euro weniger pro Kind. Wer so Familienpolitik macht, hat den Bezug zur hart arbeitenden Mitte und zu Familien längst verloren.



STARKE JUSTIZ

MEHR GELD FÜR EINEN STARKEN STAAT

Wer den Rechtsstaat stärkt, stärkt die Demokratie. Effektiver Rechtsschutz braucht ausreichend Personal und moderne Technik, damit die Justiz zügig und qualitativ hochwertig arbeiten kann. Eine halbe Milliarde Euro für Personal und Digitalisierung in der Justiz ist deshalb ein gutes Signal.

Ich freue mich sehr, dass ein neuer Pakt für den Rechtsstaat aufgelegt wird, der nachhaltig unsere Justiz stärkt. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir in den vergangenen Jahren intensiv dafür gekämpft. Der Pakt für den Rechtsstaat baut auf drei Säulen: einer besseren Digitalisierung, schlankeren und schnelleren Verfahrensabläufen und mehr Personal. Damit sichern wir die hohe Qualität der Rechtsprechung und ermöglichen schnelle Entscheidungen. Besonders für die Strafjustiz ist es wichtig, dass wir als Bund den Ländern unter die Arme greifen, damit Verfahren beschleunigt und nach Straftaten schnell straf- und schuldangemessene Urteile gesprochen werden. Momentan fehlen in den Ländern etwa 2.000 Stellen für Staatsanwälte und Strafrichter. So stärken wir die Justiz als Rückgrat des Rechtsstaates und gewährleisten mehr Sicherheit in Deutschland.

VOR ORT

Als Abgeordneter für den

BUNDESWAHLKREIS

MAIN-SPESSART/MILTENBERG

bin ich vor Ort Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände. Da es statt maximal fünf nur zwei SPD-Abgeordnete für ganz Unterfranken gibt, bin ich auch Betreuungsabgeordneter für

ASCHAFFENBURG & WÜRZBURG

Ich bin also Ihr Ansprechpartner von Alzenau bis Aub. Ein Gebiet, das **3.853 km²**, **104 SPD-Ortsvereine** und **789.000 Bürgerinnen und Bürger** umfasst! Eine Fläche übrigens, die größer ist als das Saarland, Berlin und Bremen zusammen.

AUF VESPA-SOMMERTOUR IN EMMERICHSTHAL



Büro Rützel

Die Sommerzeit ist eine gute Zeit, um in heimischen Gefilden unterwegs zu sein und den ein oder anderen



Büro Rützel

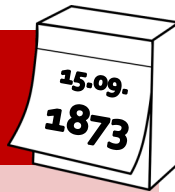
Ort zu entdecken, den man zuvor noch nicht besucht hat. So war ich die Tage auf Einladung von Anton Hofmann, ehemaliger Vorsitzender der SPD Obersinn und Marktgemeinderatsmitglied, mit meiner Vespa in Emmerichsthal.

Mit dabei waren die Bürgermeisterin von Obersinn, Lioba Zieres, der Mittelsinner Bürgermeister Dirk Schiefer, der ehemaligen Landrat des Nachbarlandkreises Main-Kinzig (MKK), MdL a.D. Karl Eyerkauf, und einige Freunde der SPD Sinngrund.

Mitten im Spessart in der Nähe der bayerisch-hessischen Grenze gelegen, umschlossen vom Forst Aura, ist das Örtchen nur über eine Landstraße durch den hessischen Landkreis Main-Kinzig zu erreichen. Zugleich ist der Weiler ein guter Beweis, dass Kooperationen über Landkreis- und Bundeslandgrenzen hinweg auch unkompliziert möglich sind. Eines unserer kommunalpolitischen Themen war der gewünschte Ausbau des „Sinntal-Radwegs“ vom Sportplatz Obersinn bis zur Reithbrücke.

Einen ausführlichen Bericht hierzu gibt es ► **HIER** ◄ auf meiner Homepage.

KALENDERBLATT



OTTO WELS -

DER STANDHAFTE DEMOKRAT

Am **15. September 1873** wurde Otto Wels geboren. Ein guter Anlass, um 152 Jahre danach an einen der führenden Sozialdemokraten der Weimarer Republik und ein Symbol des demokratischen Widerstands gegen den aufkommenden Faschismus zu erinnern.

Als langjähriger Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag stellte er sich konsequent gegen autoritäre Tendenzen und die aufstrebenden Nationalsozialisten.

Seine größte historische Tat war seine mutige Rede am 23. März 1933 im Reichstag gegen das sogenannte Ermächtigungsgesetz, mit dem Hitler diktatorische Vollmachten erhalten sollte. Wels war der einzige Redner, der offen gegen das Gesetz sprach – in einem Saal voller SA-Männer und unter Androhung von Gewalt.

Mit den Worten „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“ verteidigte er die Grundwerte der Demokratie und die Würde der SPD. Er blieb standhaft, trotz Einschüchterungen.

Nach der Machtergreifung der Nazis ging Wels ins Exil, wo er den Widerstand organisierte. Er starb 1939 in Paris. Otto Wels ist bis heute eine der bedeutendsten Stimmen des deutschen Parlamentarismus – und ein Mahner gegen Faschismus und das Vergessen. Für mich ein großes Vorbild! Mehr zu ihm ► **HIER** ◄

Büro Rützel



NEPOMUK-BRÜCKE

SCHAIPPACH

Für die Historische Sinnbrücke in Schaippach habe ich mich direkt zu Beginn der Debatte über eine Sanierung richtig reingehängt, damit der Verfall und mögliche Verlust der Brücke gestoppt wird.

Auf mein Werben hat es das Vorhaben im Jahr 2021 ins Denkmalschutz-Sonderprogramm X des Bundes geschafft, der die Sanierung mit 700.000 Euro fördert.

Ich freue mich, dass die Sache von weiteren Seiten unterstützt wird, wie beispielsweise von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. So überbrachte Elisabeth Balk vom „Ortskuratorium Fränkische Stadtbaumeister“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD) vergangene Woche dank zahlreicher Spenden sowie der Erträge der Lotterie GlücksSpirale einen symbolischen Fördervertrag über 50.000 Euro. Herzlichen Dank für die Unterstützung der Sanierung!

► **HIER** ◄ geht's zu meinem Bericht aus 2021, damit man sieht, wie lange hier dicke Bretter gebohrt werden mussten, bis es am Ende doch noch was geworden ist.



LEBEN IM ALTER

VERANSTALTUNG IN MEINEM BÜRO

Die Versorgung für das Alter frühzeitig regeln ist das A und O, um nachher nicht mit leeren Händen da zu stehen. Darum ging es in meiner Gesprächsrunde „doudrü g'hörd geredt“ mit Fachleuten aus der Region. Das Büro war voll.

Aktuell funktioniere die Versorgung von Pflegebedürftigen noch, erklärte Alexander Martin, der Geschäftsführer der Caritas-Sozialstation St. Franziskus in Gemünden. Aber dass das in fünf oder zehn Jahren noch so sei, bezweifle er. Gerade der Renteneintritt der Babyboomer würde die gesamte Gesellschaft in dieser Hinsicht vor große Herausforderungen stellen. Umso wichtiger ist, dass sich jeder ab 50 aufwärts jetzt schon mit dem Thema befasst.

Christiane Ritschel vom mobilen Pflegedienst Bergmann-Ritschel aus Langenprozelten plädierte beispielsweise für die Wiedereinführung einer Gemeindegewerkschaft - also einer ausgebildeten Person, die im Notfall helfen kann und darf und einspringt, wo noch kein Pflegedienst die Betreuung ausführt. In diesem Zusammenhang sprach sich die Allgemeinärztin Manuela Rubenbauer für ein soziales Pflicht-

jahr aus. Ein Zivi entlaste die Fachkräfte an anderer Stelle, begeistere sich im Laufe seines Dienstes vielleicht für einen sozialen Beruf.

Das Thema „Wohnen im Alter“ brachte Pastoralreferent Thorsten Kapperer zur Sprache. Viele Menschen wollten bis zuletzt zu Hause bleiben – auch wenn die Kinder längst ganz woanders lebten. Mit Seniorenkreisen versuche die Kirche ein soziales Miteinander aufrecht zu erhalten und Struktur im Alltag zu geben. Gleichwohl seien pflegende Angehörige enorm unter Druck, warf Pastoralreferentin Edith Fecher ein, indem sie sich zwischen Kinderbetreuung und Kümern um pflegebedürftige Eltern aufrieben. Tagespflegeeinrichtungen seien hier eine gute Entlastung, hob Rubenbauer hervor. Nötig wäre aber auch eine Nachtpflege, damit die Angehörigen wieder einmal nachts ruhig schlafen könnten. Ein guter Ansatz seien Seniorenwohngemeinschaften (WGs), so Christof Bergmann, dessen Unternehmen zwei solcher Einrichtungen in Heßdorf und Seifriedsburg führe. Auch hier gelte: Frühzeitig Gedanken machen, Verbündete suchen und eine WG „gründen“.

Weitere Ideen wie „Wohnen für Hilfe“, aber auch Hindernisse, wie Bürokratie und ausufernde Dokumentationspflichten, wurden diskutiert. An Gesprächsstoff in Sachen „Versorgung im Alter“ mangelt es nicht. Mein Fazit: Es ist nicht 5 vor 12, es ist 12. Es gilt Entscheidungen zu treffen – im Deutschen Bundestag, aber auch für jeden Bürger selbst. Dazu werde ich alle genannten Punkte mit nach Berlin nehmen und bei meinen Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen adressieren.

Mehr zur Veranstaltung ► **HIER** ◀

PARTEIARBEIT

Ich bin Vorsitzender des **SPD-Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg**, der die Landkreise Main-Spessart und Miltenberg umfasst.

Und als Vorsitzender der **SPD im Bezirk Unterfranken** bin ich parteipolitisch von der Rhön bis zum Untermain unterwegs.



SPD Bad Bocklet

IN BAD BOCKLET

Sommertour - nächster Halt: Bad Bocklet im Nachbarlandkreis Bad Kissingen auf Einladung der örtlichen SPD um Volkmar Prößdorf. Als Bezirksvorsitzender bin ich auch über meine Wahlkreisgrenzen hinaus unterwegs. Im schönen Unterfranken immer ein Erlebnis. Der Kurpark war bei diesen Temperatu-

ren mit seinen zahlreichen Brunnen und Erfrischungsmöglichkeiten, aus denen das berühmte Bad Bockleter Heilwasser sprudelt, genau der richtige Ort für einen ersten Austausch. Im Anschluss ging es ins Kurgartencafé, wo bei Kaffee und Kuchen die aktuelle politische Lage in Berlin, Bayern und Unterfranken im Mittelpunkt stand. Herzlichen Dank für die Einladung und den gelungenen Austausch!

► **HIER** ◀ geht's zum Artikel auf der Seite der SPD Bad Bocklet.

LAURENZI-MESSE

Sommerzeit - Volksfestzeit. Für mich wie hier in Marktheidenfeld immer eine gute Gelegenheit, um mich vor Ort mit Genossinnen und Genossen (z.B. mit unserer stellvertretenden Landrätin Pamela Nembach, Kreisrätin Ruth Steger und Stadtrat Hermann Menig) genauso auszutauschen wie mit all den Bürgerinnen und Bürgern, die mich erkennen und einen Festbesuch zur Bürgersprechstunde machen.



Bernd Rützel

IMMER AKTUELL INFORMIERT:



GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in diesen Ferienwochen sind die vielen attraktiven Freibäder und Badeseen unserer Region wieder gefragte Ausflugsziele für Groß und Klein. Sie sind wunderbare Orte der Erfrischung, der Bewegung und des unbeschwerten Vergnügens. Menschen aller Generationen kommen auf den schattigen Liegewiesen, in sauberen Badebuchten und modernen Sportbecken zusammen. Seniorinnen drehen oft schon frühmorgens ihre Runden, während Berufstätige den Feierabendtarif nutzen. Kleinkinder planschen quietschvergnügt am Wasserspielplatz, und Teenies vergessen beim Herumtollen im kühlen Nass auch mal für ein paar Stunden ihre Smartphones.

Unsere öffentlichen Bäder sind großartige Einrichtungen – gerade weil sie auch eine wichtige soziale Funktion erfüllen. Sie verbinden Menschen und schaffen ein sinnvolles, bezahlbares Freizeitangebot. Auch deshalb ist es so wichtig, dass sie uns in Zukunft erhalten bleiben.

In dieser Saison standen einige bayerische Freibäder kurz vor der Schließung – weil es an Bademeistern mangelte. Leider ist der Fachkräftemangel auch in diesem Bereich deutlich spürbar. Verbände rechnen sogar damit, dass deutschlandweit mindestens 3.000

Schwimmmeister fehlen. Und ohne sie läuft wirklich nichts. Immerhin sind sie es, die mit aufmerksamem Rundumblick stets für Sicherheit sorgen – und im Notfall beherzt eingreifen. Unsere Schwimmmeister machen einen hervorragenden Job, der Leben rettet. Das verdient eine entsprechende Wertschätzung.

Leider kommt es trotzdem auch im Bayern immer wieder zu tödlichen Badeunfällen – allein dieses Jahr waren es schon mehr als 50. Die meisten Unfälle ereignen sich an unbewachten Badestellen an Flüssen oder Seen. Gründe sind oft sind Leichtsinn oder Selbstüberschätzung. Viele Opfer konnten nicht oder nur schlecht schwimmen.

Deshalb ist es so wichtig, dass alle Kinder in Bayern sicher schwimmen lernen – am besten im Rahmen des schulischen Sportunterrichts. Voraussetzung dafür ist, neben entsprechenden Lehrplänen, der Erhalt einer flächendeckenden Schwimmbad-Infrastruktur in ganz Bayern. Deshalb fordern wir Abgeordnete der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag eine bedarfsgerechte und vorausschauende Schwimmbadplanung für Bayern. Um den weiterhin großen Sanierungsstau abzubauen, ist es zudem unabdingbar, das bestehende Sonderprogramm Schwimmbadförderung über das Jahr 2026 zu verlängern.

Für den Erhalt unserer Schwimmbäder und dafür, dass alle Kinder und Erwachsene in Bayern sicher schwimmen lernen können, setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch in Zukunft mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de